

## Klare Sicht

Liebe Leserinnen und Leser der Klarsicht, wie Sie bereits gemerkt haben, erscheint unsere linke Kleinzeitung nicht mehr jeden Monat. Nicht nur in unserer Partei gibt es immer weniger Mitglieder und diese werden auch immer älter, aber die Aufgaben bleiben in vollem Umfang erhalten. Wir werden Ihnen als Leser der Klarsicht in der nächsten Ausgabe einen Fragebogen präsentieren, auf dem Sie Ihre Meinung äußern können.

Wir werden Sie unter anderem fragen, ob Sie das Blatt auch weiterhin erhalten möchten, ob Sie jemanden kennen, der die Klarsicht gern lesen möchte oder ob Sie bereit wären, einige Exemplare in Ihrem Ort an Interessenten zu verteilen. Wir sind auch sehr an Beiträgen interessiert, die wir in der Zeitung veröffentlichen können. Wir würden uns auch über Hinweise freuen, wie der Inhalt noch interessanter gestaltet werden könnte.

Für die Mitglieder unserer Partei haben wir dann noch eine separate Frage. Um den neuesten Anforderungen des Datenschutzes gerecht zu werden, brauchen wir die Einwilligung zur Veröffentlichung der Geburtstage in der Klarsicht.

**Klaus Perlt,**  
verantwortlicher Redakteur

## Members welcome

**Seit Anfang Januar 2016 haben fünf junge Menschen aus dem Landkreis Gotha den Antrag gestellt, Mitglied unserer Partei zu werden. Herzlich willkommen!**

**DIE LINKE.**

## Wenn ihr es schafft, das wäre gut.



**Manfred Kutke (Ausstellung der „DienstagsMaler“ in der GutsMuths-Gedächtnishalle Schnepfenthal): Tuareg, Öl auf Leinwand, 2015. Die Tuareg (Singular: Targi, Targia) sind ein zu den Berbern zählendes Volk in Afrika, dessen Siedlungsgebiet sich über die Wüste Sahara und den Sahel erstreckt. Repro: W. Möller. > Seite 5**

## Quo vadis, Welt?

### Die Folgen der Freiheit des Kapitalismus

Kapitalismus und Imperialismus sind seit über 25 Jahren wieder zum vorherrschenden Wirtschaftssystem der Erde geworden. Der Jubel der Wendezeit über die angeblich errungene Freiheit wendete sich für viele Menschen in Ernüchterung und Frust. Bei allen Mängeln, die der sozialistische Aufbau auch wegen der Devisenabhängigkeit mit sich brachte, gab es auf der Erde einen Gegenpol zum Kapitalismus. Leider wurden in beiden Systemen Unsummen für ein bis dahin nicht gekanntes Wettrüsten vergeudet und dem friedlichen Aufbau entzogen. Das kapitalistische System musste den eigenen Völkern aber einen gewissen Lebensstandard zugestehen, um Unruhen und revolutionäre Bewegungen zu vermeiden. Es war politisch gewollt, eine breite Mittelschicht aufzubauen, die sich ein Auto, ein Häuschen und ein- bis zweimal im Jahr einen Auslandsurlaub leisten konnte. In den Ländern Westeu-

ropas hatten in unterschiedlicher Ausprägung die meisten Menschen ein gutes Auskommen. Seit der Wende sank jedoch auch im Westen Deutschlands der Lebensstandard der Mittelschicht mehr und mehr.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es auch noch Kriege, die besonders von Frankreich, Israel und den USA geführt wurden, aber bis zur Wendezeit setzte sich die Diplomatie immer mehr als Strategie zur Konfliktlösung durch. Wer jedoch glaubte, dass mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes auch die Nato verschwinden würde, sah sich getäuscht. Das Gegenteil war der Fall. Schnell erweiterte die Nato ihren Einflussbereich bis in ehemalige Sowjetrepubliken aus und möchte und wird noch näher mit ihrer Militärmaschinerie an Russland heranrücken, obwohl auch dieses Land heute ein kapitalistisches geworden ist, sich aber nicht dem Hegemon USA unterordnen möchte. Die meisten europäischen Staaten, besonders aber die Bundesrepublik Deutschland,

> Seite 2 und 3

## Liebe Leserinnen und Leser der Klarsicht,

An dieser Stelle sollte eigentlich der Artikel zu Ereignissen aus dem Landkreis bzw. aus dem Stadtrat stehen. Die aktuellen Ereignisse in unserer politischen Landschaft sind allerdings so tiefgreifend, das ich euch unsere Position der Partei DIE LINKE im Kreisverband nahe bringen möchte. Mit dem Wahlergebnissen in drei Landtagswahlen ist das politische Umfeld nicht mehr so wie es noch vor der Wahl war. Ein deutlicher Rechtsruck ging durch das gesellschaftliche Leben in allen drei Bundesländern, Sachsen-Anhalt, Baden Württemberg und Reinland-Pfalz. Mit den Stimmen für die AfD und anderen rechtspopulistischen Parteien haben die Wähler den etablierten Parteien und auch uns gezeigt, dass sie kein Vertrauen mehr in deren Politik haben. Jahrelange Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit und leere Versprechungen aus den regierenden Parteien in der Bundesregierung haben die Menschen satt und man hat ihren Protest an der Wahlurne zu spüren bekommen.

Mit der Reform der Arbeitsmarktpolitik, den sogenannten Harz IV-Gesetzen im Jahre 2005, wurde die Grundlage für den heutige politischen Wandel gelegt. Mit Publizisten wie Sarazin wurde die Stimmung noch aufgeheizt und die Ignoranz der rechten Szene durch Regierung und etablierte Parteien in manchen Ländern gab den heutigen rechtspopulistischen Parteien eine solche Mehrheit, dass sie in acht Parlamenten in Deutschland und im Europaparlament aus dem Nichts einziehen konnten. Für viele und auch für uns als Linke war das schon ein Schock, und wir sind natürlich jetzt noch bei den Auswertungen und Analysen, wie es so weit kommen konnte. Ich denke auch nicht, dass diese Ergebnisse an einem schlecht geführten Wahlkampf oder an nicht kompetenten Kandidaten lagen, nein es liegt am aufgestauten Mangel, an Verständnis für die breite Bevölkerung in den Gemeinden und Städten. Existenzangst, soziale Ausgrenzung und in der Gesellschaft überflüssig zu sein, lassen Menschen auf die Straße gehen, die Wahlurnen meiden und das Vertrauen in die Politik verlieren. Deshalb gilt für uns der Ausspruch unseres Bundesgeschäftsführers Matthias Höhn, „Kein Weiter so“.

Die Flüchtlingssituation in diesem Zusammenhang zu instrumentalisieren war für die rechtspopulistischen Parteien die Grundlage, einen solchen Erfolg zu erlangen. Die Ursachen für solche Wahlergebnisse liegen aber viel tiefer.

Für uns als sozialistische Partei sollte es bedeuten, unsere Position für die Belange der Menschen wieder deutlicher nach vorn zu bringen. Unsere Position heißt: gegen prekäre Beschäftigung, für soziale Gerechtigkeit und eine existenzielle Sicherung im Alter. Es bleibt in unserer Verantwortung, diese Positionen nicht zu verlassen. Das wichtigste für uns wird dabei sein, in Gesprächen, in Bündnissen, in Gemeinschaften für unsere Arbeit, unsere Ziele, Menschen zu gewinnen, die für das gleiche Interesse stehen wie unsere Programme. In den Gemeinde- und Stadträten sowie den Kreistagen müssen wir weiter linke Gestaltungsmöglichkeit beanspruchen. Es gilt, immer die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger im Auge zu behalten. Die Menschen müssen wieder am Gestaltungsprozess der Gesellschaft teilhaben können. Die Ideen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger müssen von uns in den Mittelpunkt gestellt werden.

Als wichtigen Punkt möchte ich in dem Zusammenhang auch noch auf die Verantwortung für uns als Mitglieder einer Regierungspartei hinweisen. Die Menschen kommen mit noch mehr Fragen, hohen Erwartungen und großen Hoffnungen zu uns. Viele denken, dass mit dem Regierungswechsel nach 25 Jahren CDU-Herrschaft alle ihre Probleme gelöst werden. Das wird nicht gehen. Nur mit kleinen Schritten ist es möglich, diese verkrusteten Strukturen aufzubrechen und neue Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Die Regierung hat schon viel geschafft. Neueinstellung von Lehrern, Abschaffung der V-Leute, Einführung des 8. Mai zum Gedenktag in Thüringen, Abschaffung des Elterngeldes als ersten Schritt zur Einführung des gebührenfreien Kita-Jahres sind nur einige Beispiele für einen neue Politik für die Menschen hier vor Ort.

Für uns an der Basis in den Ortsgruppen, den Kreis- und Stadtverbänden gilt es, dieser Politik zu vertrauen. Der Erfolg dieser Regierung hängt auch vom Handeln und Denken unserer Mitglieder, unserer Funktionsträger aber auch der Menschen die an unserer Seite mit Gestalten wollen ab. Wir haben uns entschieden, die Verantwortung als Regierung zu übernehmen, und da sollte jeder seine Möglichkeiten nutzen. Die Arbeit ist nicht einfacher geworden, die Verantwortung und Erwartungen sind hoch und abgerechnet wird 2019.

**Bernd Fundheller**  
Kreisvorsitzender KV Gotha

> Seite 1

Polen und die baltischen Staaten tanzen nach der Pfeife der USA und ökonomisch ist der Druck Deutschlands auf andere Länder wegen eines stetigen Exportüberschusses sehr groß.

Wer bestimmt aber heute, wie sich die Menschheit entwickelt? Sind Politiker, die ja die gewählten Volksvertreter sind, überhaupt in der Lage, die Interessen ihrer Wähler zu vertreten oder sind sie nur Marionetten von Akteuren im Hintergrund. Die Politiker sollen die Geschicke eines Staates lenken, aber ist nicht der Staat das Machtinstrument der herrschenden Klasse? Vor 16 Jahren wurden unter der Schröder-Regierung in fataler Art und Weise mit Hilfe einer neoliberalen Politik dem Großkapital Steuergeschenke gemacht, angeblich damit mit diesen Mitteln neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Der Markt sollte das alleinige Regulativ werden. So fehlen dem deutschen Staatshaushalt seit dieser Zeit jährlich 60 Milliarden Euro. Einen gewissen Ausgleich erzielte man dann durch die Mehrwertsteuererhöhung, die dann wieder von der gesamten Bevölkerung getragen werden musste. Es gibt heute schon einige Millionäre, die gern ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl gerecht werden möchten und mit großen Summen Stiftungen finanzieren, aber lieber höhere Vermögenssteuern oder Ertragssteuern zahlen würden. Auch ein Unternehmer wie Wolfgang Grupp, der in seinem Betrieb „Trigema“ Textilprodukte herstellt, wendet sich öffentlich immer wieder gegen Machenschaften des Großkapitals. Besonders prangert er die Niedriglöhne an, die heute noch in vielen Ländern gezahlt werden und wo unter menschenunwürdigen Bedingungen gearbeitet werden muss. Er fordert, dass diejenigen, die den Wohlstand erwirtschaften, auch mehr davon erhalten müssen.

Gegenwärtig besitzen in Deutschland 40 Prozent der Bevölkerung auch 40 Prozent des Vermögens, aber von dem verbleibenden Rest besitzen 2 Prozent der Bevölkerung 98 Prozent des Vermögens. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer mehr auseinander. Dabei beteiligen sich die Reichen immer weniger an gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Die Infrastruktur wird von den Konzernen überproportional genutzt, aber sie beteiligen sich immer weniger an deren Reproduktion. Auch die Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken- und Rentenversicherung belasten die Einkommenschwächeren stärker als die Reichen. Laut Karl Marx wird nach der Reproduktionstheorie des Kapitals durch das Zusammenwirken von Kapital und Arbeit ein Mehrwert geschaffen, der dann wieder neu eingesetzt werden kann und so zu einem kontinuierlichen Wertzuwachs führt. Wenn allerdings ohne den Verwertungsprozess aus Geld mehr Geld gemacht wird, ist dies nur mit unlauteren Mitteln, die oft bis ins Kriminelle gehen, möglich. Wenn an den Börsen aus Geld mehr Geld gemacht wird, ist das nur zu Lasten Dritter möglich. Meist werden dann Unternehmen, die in Abhängigkeit großer Konzerne agieren, um die Ergebnisse ihrer Arbeit gebracht und können infolgedessen ihren

> Seite 2

Angestellten auch nur geringe Löhne zahlen. Aber mit Briefkastenfirmen im Ausland kann man auch Steuern sparen. Eine weitere Einnahmequelle einiger ausgebuffter Finanzmanager spielen Gesetzeslücken. So müssen in Deutschland Aktiengesellschaften auf Dividenden eine Kapitalertragssteuer von 25 Prozent bezahlen, aber die Aktienbesitzer können an dem Tag, an dem die Dividenden ausgezahlt werden, die gezahlten Steuern zurückfordern. Wenn diese Aktie aber nun an diesem Tag mehrere Eigentümer hatte, wird aus der Staatskasse auch mehrere Male Geld erstattet. Diese dubiosen Geschäfte rund um den Dividendenstichtag wurden unter dem Begriff „Cum-Ex“ bekannt. Verlust für die Staatskasse der Bundesrepublik seit 1999: mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr. Eine weitere große Gefahr droht mit dem Freihandelsabkommen CETA. Mit Hilfe dieses Abkommens können heute schon Konzerne mittels Schiedsgerichten Staaten verklagen, wenn gegenwärtige oder zu erwartende Profite durch nationale politische Entscheidungen womöglich nicht in gewünschter Höhe realisiert werden können. Diese Schiedsgerichte bestehen aus drei bestellten Personen, deren Vergütung sich aus einem ausgehandelten Anteil (Provision) der zur Disposition stehenden Klagesumme ergibt. Auch US-Konzerne können das heute schon über Tochterfirmen in Kanada weltweit „nutzen“. Bei TTIP versuchen nun die Politiker, diese Gefahr einzuschränken. All diese Beispiele zeigen, dass das Großkapital immer raffgieriger wird, Manager mit gewaltigen Geldsummen als Handlanger seiner Interessen gebraucht, um immer mehr zu besitzen.

Das profitabelste Geschäft für das Großkapital ist die Rüstung. Die Staaten planen jedes Jahr Mittel zur Finanzierung der Militärausgaben ein und wenn es gut geht, darf derjenige, der zuvor den Staatshaushalt mit seinen Steuern mitfinanzierte, in einem Krieg fernab der Heimat zur „Verteidigung von nationalen Interessen“ sein Leben lassen. Über das Leid, das den Völkern zugefügt wird, wo vielen Menschen sämtliche Lebensgrundlagen entzogen werden und massenhaft Menschen sterben, interessiert bei den Rüstungskonzernen niemanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg errechnete man, dass die Kosten für Militärausgaben so hoch waren, dass man für jede Familie auf der Erde ein Haus hätte bauen können. Scheinheilig propagierte man für ein paar Jahre die Entmilitarisierung Deutschlands, aber schon wenige Jahre nach Gründung der beiden deutschen Staaten waren beide fester Bestandteil der jeweiligen Militärbündnisse. Wie hoch die militärischen Ausgaben seit dem 2. Weltkrieg weltweit waren, ist schwer abschätzbar, aber diese Ausgaben wurden anderen wichtigen Bereichen entzogen. Für die Herstellung und das Betreiben der Militärmaschinerie werden in der Gegenwart Ressourcen verschwendet, auf die künftige Generationen nicht mehr zurückgreifen können, da sie sinnlos verbraucht wurden. Die Gier des Großkapitals sieht nur den Profit, den sie hier und heute erzielen kann

- was morgen sein wird, interessiert nicht. Kriege werden geführt, um Einflussphären zu sichern, aber für die Folgen der Kriege will man nicht einstehen. Was sich aus zerstörten Nationen entwickeln kann, zeigte sich in Afghanistan, Syrien und Libyen. Der Nährboden für Terroristen wurde besonders durch die Aggressionen der USA geschaffen und die reaktionärsten Politiker haben durch Terroranschläge endlich eine Begründung dafür, die Befugnisse der Geheimdienste zu erweitern und das eigene Volk immer mehr zu überwachen und damit die Interessen des Großkapitals noch besser durchzusetzen.

Auf der Welt gab es noch nie so viel Reichtum und Vermögen, aber die Kluft zwischen Arm und Reich war auch noch nie so groß wie heute. Inzwischen kommen von führenden Ökonomen und Wirtschaftswissenschaftlern Warnungen vor dieser unheilvollen Entwicklung. Sie warnen vor der Ausbreitung der Armut nicht nur in Afrika, Südamerika oder Asien, sondern auch vor Armut in den reichen Ländern. Viele Menschen, die an der Armutsgrenze leben müssen, suchen die Schuld für ihre Situation nicht im System des Kapitalismus, sondern bei anderen Menschengruppen. Ähnlich wie die DAP, nach Hitlers Beitritt in NSDAP umbenannt, die Schuld für die Armut vieler Arbeiter nach dem 1. Weltkrieg den Juden und anderen Minderheiten in die Schuhe schob, werden heute die bei uns Schutz suchenden ausländischen Menschen von Pegida, Legida und anderen Fehlgeleiteten für die eigene missliche Lage verantwortlich gemacht. Auf der Welt sind heute 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Armut. Nach Deutschland kamen davon im letzten Jahr lediglich 1,1 Millionen Menschen. Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten 13 Millionen Menschen in Deutschland westlich der Oder eine neue Heimat finden. Wie in ganz Europa waren auch in Deutschland viele Städte und Dörfer zerstört und über 25 Millionen Menschen hatten ihre Wohnungen verloren. Eine Willkommenskultur gab es damals nicht, aber heute muss man in Deutschland Menschen, die vor Krieg und Leid fliehen, die Möglichkeit geben, hier wieder zur Ruhe zu kommen und ein neues Leben beginnen zu können. Was passiert aber in den ehemaligen sozialistischen Bruderländern? Lediglich in Deutschland, konnten die Linken überleben. Dort, wo heute nationalistische Regierungen an der Macht sind, wurde das Volkvermögen nach der Wende von einheimischen Oligarchen oder von westlichen Konzernen übernommen und die breite Masse verarmte. Das schuf die Basis für die Verbreitung von nationalistischem und rechtem Gedankengut, denn zum Buhmann wurden ähnlich wie im Osten Deutschlands die Ausländer gemacht. Was soll aber werden, wenn, bedingt durch ein Ansteigen des Meeresspiegels in 30 bis 50 Jahren, eine halbe Milliarde und mehr Menschen eine neue Heimat suchen müssen?

Es gibt heute viele, die in einer gerechteren Vermögensverteilung und konsequenten Umweltpolitik eine Lösung für viele Probleme der

Menschheit sehen. Greenpeace agiert international, genauso wie amnesty international oder die occupy-Bewegung. Diese Organisationen setzen sich für eine gerechtere Welt ein, aber auch viele Mitglieder demokratischer Parteien und Kirchen setzen sich mit differenzierten Zielen diesem ausufernden kapitalistischen System zur Wehr. Man ist heute an einer Stelle angekommen, wo man sich fragen muss, wozu braucht man eigentlich die Konzentration von so viel Kapital in so wenigen Händen. Wenn 63 Personen genau so viel Vermögen haben, wie auf der anderen Seite 5,8 Milliarden Menschen, fragt man sich, welchen Sinn eine solche Verteilung macht. Es sind ja nicht nur verarmte Menschengruppen, es sind auch viele staatliche Einrichtungen und Kommunen, denen das Geld fehlt. Dem Großkapital ist auf Grund seiner Raffgier nach sofortigen höchstmöglichen Profit der Blick für die Zukunft verloren gegangen. Wie soll künftig die Wirtschaft funktionieren, wenn die Verkehrsinfrastruktur verfällt, wenn das Bildungswesen keinen qualifizierten Nachwuchs mehr hervorbringen kann, wenn durch weitere Verarmung immer weniger Produkte konsumiert werden können und damit Wirtschaftskreisläufe stocken? Wenn es um den Profit geht, ist auch egal, was mit der Umwelt geschieht und an den Folgen von Umweltverschmutzungen Tausende Menschen sterben.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht: „Eigentum verpflichtet...“, aber diesem Grundsatz folgt das raffsüchtige Finanzkapital nicht, wenngleich man vielen Unternehmen bescheinigen muss, dass sie sich zusammen mit den demokratischen Kräften für eine humanistischere Gesellschaft einsetzen und gegen Kriege und eine unsinnige Rüstungspolitik sind. Waffenexporte in Höhe von 7,8 Mrd. Euro und zusätzliche 5 Mrd. Euro zur Ausstattung von NATO Truppen waren wieder einmal die beschämende Bilanz für die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2015. Anstatt den Reichtum exponentiell in wenigen Händen zu häufen und Abermilliarden für eine Ressourcen fressende Rüstung auszugeben, wäre es sinnvoll, das Geld zukunftsorientiert einzusetzen. Wie wäre es mit kostenlosen Kindergartenplätzen, einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle Menschen, kostenlosen Plätzen in den Altersheimen oder einem kostenlosen öffentlichen Verkehr, was zu einer drastischen Reduzierung von Auspuffgasen führen würde. Wichtig wäre auch, kleine und mittlere Unternehmen fair zu behandeln, damit diese sich auch entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit entwickeln können und damit in der Lage sind, sich wieder stärker zum Wohle der Gesellschaft einbringen zu können. Leider wird eine gerechte Aufteilung des Reichtums Utopie bleiben, solange sich die Politik in nationalen Fallstricken verheddert. Das Großkapital kennt keine nationalen Grenzen und nutzt immer wieder unterschiedliche gesetzliche Vorschriften der einzelnen Länder zum eigenen Vorteil.

Klaus Perlt

# Finanzen gut aufgestellt

## Kreishaushalt 2016 beschlossen

In Haushaltsplänen werden die Handlungsmöglichkeiten und die Selbstbestimmung der Kommunen abgebildet. Kommunale Selbstverwaltung, Freiwillige Ausgaben, kulturelle Angebote oder mögliche Investitionen nenne ich als einige Stichworte.

Die Einnahmesituation des Landkreises Gotha ist im Wesentlichen von den Zuweisungen des Freistaates Thüringen und der Kreisumlage abhängig, die Städte und Gemeinden zu zahlen verpflichtet sind. Für 2016 sinken die Zuweisungen des Landes um 2,4 Mio. Euro, während die Einnahmen aus der Kreisumlage um 2,0 Mio. Euro steigen. Wegen des neuen Finanzausgleichsgesetzes waren die HH-Beratungen verschoben worden und der Kreistag beschloss in Zahlen gegossene Politik für unseren Landkreis 2016. Sicher steht fest: trotz des Weniger als erwartet an Landeszuweisungen steht der Landkreis auch durch Entscheidungen im abgelaufenen Jahr gut da.

Die Kreistagsmitglieder waren wie jedes Jahr eingeladen, durch eigene Ideen der Verwaltung Vorschläge und Änderungen aufzutragen. In einer Beratung der Fraktionsvorsitzenden im Dezember 2015 wurde zu drei Grundsätzen für das Zahlenwerk beraten:

Erstens die Kreisumlage vom Hebesatz stabil halten, zweitens Investitionen ohne Kreditaufnahme umsetzen, damit steht auch die Planung und Durchführung der Komplexsanierung des Gymnasium Ernestinum auf soliden Füßen und drittens die freiwilligen Leistungen erhalten. Dies alles unterstützte auch die Fraktion DIE LINKE. Im Übrigen wurde sich geeinigt, den Vorschlägen des Landrates für den HH 2016 ohne Wenn und Aber zu folgen.

Die Fraktion DIE LINKE. hatte sich in der Haushaltsdebatte zum Ziel gesetzt, weitere Mittel für dringend notwendige, bereits im Finanzplan der Folgejahre vorgesehene Investitionen vorzuziehen. Dazu sollten die Mittel aus dem Verkauf der Helios Krankenhausanteile dienen, die als erste Rate vereinbarungsgemäß im Dezember 2015 bei der Kreiskasse eingegangen waren. Langfristig trägt das zur Entlastung der

Städte und Gemeinden im Landkreis bei. Zudem räumte DIE LINKE. Investitionen an Schulen den Vorrang ein: die Grundschule Friemar sowie die Gymnasien in Friedrichroda und Neudietendorf hätten als Erste profitieren können. Wir wollten Wenn und Aber sagen und für Betroffene agieren. Die Mehrheit des Kreistages sah dies anders und lehnte diese Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. ab. Wie der Landrat dazu vermerkte, sind „die im Haushalt vorgesehenen Investitionsmaßnahmen planmäßig abzuarbeiten und dann unter Zugrundelegung der Prioritätenliste zu prüfen, ob die Notwendigkeit und Mög-



lichkeit besteht, bestimmte Maßnahmen vorzuziehen.“ (Zitat aus Protokoll der KTSitzung vom 17.2.2016) Die dafür vorgesehenen Beratungen im Kreisausschuss bedürfen dringend einer zeitnahen Planung, damit entsprechende Beschlüsse dann für den HH 2017 parat sind. Der erste Termin ist inzwischen vereinbart.

Wie der Landrat bei der Vorstellung der Änderungsanträge der Verwaltung feststellte, haben wir ein Problem in den Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes. Das ist einer unserer Kritikpunkte, denn das Sparen muss im eigenen Hause anfangen. Die Beratungen des Rechnungsprüfungsausschusses haben Beispiele offen gelegt, es ist also „Luft im Verwaltungshaushalt“. Dies hätte bei der Haushaltsplanung berücksichtigt werden müssen.

## **DIE LINKE.**

im Kreistag Gotha

99867 Gotha, Blumenbachstraße 5

Telefon: 03621/85 61 62 | 85 61 66

Fax: 03621/856164, V. Fitzke (V.i.S.d.P.)

## Investition für die Grundschule Hörselgau

Der am 17. Februar beschlossene Sperrvermerk im Vermögens-HH UA 2210 „Investition Grundschule Hörselgau“ sollte auf Antrag der Linksfraktion wieder gelöscht werden. Der von Michael Brychcy (CDU/FDP-Fraktion) während der 2. Lesung eingebrachte Antrag wurde schwerpunktmäßig erläutert. „Mit Nachdruck betonte Herr Brychcy, dass mit diesem Antrag nicht der Grundschulstandort in Frage gestellt werden soll. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit und im Hinblick auf die bevorstehende Gebietsreform regt er an, Überlegungen anzustellen, ob es derzeit sinnvoll ist, rund 1,3 Mio. Euro für eine Erweiterung um zwei Klassenräume bereitzustellen und verweist gleichzeitig auf Überkapazitäten an Grundschulen in Waltershausen.“ So steht es im Protokoll.

Die Gebietsreform mit den Schulen auf eine Ebene zu stellen, ist unfair. Wer den Standort besucht, erfährt von einer gut belegten Kindereinrichtung und gut ausgelasteten Grundschule. Es geht um die Verbesserung des Schulunterrichts, um Erweiterung um zwei Klassenräume, aber auch um Sanierung der Elektrik und der Sanitäranlagen. Inzwischen hat der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Bau und Umwelt zu den Planungen beraten, der Bestand des Grundschulstandortes steht außer Frage. Die Verwaltung könnte nun handeln.

Wie wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern von Hörselgau den Sperrvermerk begründen? Was soll nun noch geprüft werden? Bärbel Schreyer (Freie Wähler) würde diesen Antrag unterstützen, er sei aber überflüssig. Die Fraktionsvorsitzende zählte auf, welche formalen Kriterien der Antrag auf den Sperrvermerk ohnehin nicht erfüllte, um dann festzustellen, dass er sich in den Beschlussvorlagen nicht finde. Somit stelle die Abstimmung zum Haushalt auch die Weichen für die Erweiterung der Hörselschule. 2017 können 672 000 Euro für die Grundschule Hörselgau eingesetzt werden. Lehrer und Elternvertreter der Schule saßen im Publikum und hörten genau zu.

# DienstagMaler bei GutsMuths

## Sonderausstellung in der GutsMuths-Gedächtnishalle Schnepfenthal

Seit dem 9. August 2009 – 250. Geburtstag von Johann Christoph Friedrich GutsMuths – fungiert die GutsMuths-Gedächtnishalle Schnepfenthal gleichzeitig als Sportstätte und Kunsthaus. Man kann hier Sport treiben und sich informieren zu GutsMuths und „seinem“ Rennsteiglauf, zur Geschichte und Natur der Region, man kann aber auch einfach gute Kunst genießen. Die erste Sonderausstellung in diesem Jahr zeigt die neusten Arbeiten vom Kunstzirkel um Harald Kutzleb.

Der Kunstzirkel feierte 2013 mit einer Ausstellung bei uns sein 10jähriges Jubiläum. Die Schau war ein großer Erfolg, so beschlossen wir, allen Mitgliedern eine zweite Präsentationsmöglichkeit zu geben. Dies-

mal sollen in zwei aneinander folgenden Ausstellungen noch mehr Werke gezeigt werden. Die letzte Ausstellung 2015 galt den DienstagMaler-Frauen, die erste 2016 – den Männern. Die Freizeitkünstler treffen sich jeden Dienstag im Tierpark Gotha. Ihre Malweise ist vorwiegend realistisch, ihre Motive – oft Tiere und Landschaften und die Qualität ist für Hobbykünstler erstaunlich hoch.

Klaus-Dieter Simmen schrieb in der TLZ-Gotha am 22.2.2016: „Ich bin überrascht“, bekannte Waltershausens Bürgermeister Michael Brychcy (CDU), „ich wusste gar nicht, wer alles malt“. In seiner kurzen Ansprache zur Eröffnung der Schau „DienstagMaler“ in der GutsMuths-Gedächtnishalle Schnepfenthal lobte er die Aktivitäten von Ausstellungsmacher. So eng der Zirkel um Harald Kutzleb die Künstler aneinander bindet, so unterschiedlich sind ihre Techniken, ihre Motive und ihre Arbeitsweise. Das macht die Ausstellung in der Schnepfenthaler GutsMuths-Gedächtnishalle so sehenswert. Und auch wenn die Schau den Männern gewidmet ist, Arbeiten der DienstagMaler-

en sind ebenfalls zu bewundern. Im unteren Teil gibt es 96 Arbeiten zu sehen, im oberen 32.“

Zur Vernissage am 20. Februar sind 130 Gäste erschienen, die Hälfte waren Schüler der Salzmannschule, des einstigen Philanthropinums, wo GutsMuths einst die „Gymnastik“ leitete, aber auch Geografie und Französisch unterrichtete. Den Autor hat es gefreut, dass er wieder Bezüge zum



Die Künstler und die Veranstalter: Kamen Pawlow und Harald Kutzleb (1. u. 2.v.l.) sowie Klaus Anschütz und Michael Brychcy (1. u. 2. v.r.). Foto: W. Möller

Begründer der Sporterziehung herstellen konnte: Der ehemalige Kunsterzieher, heute Künstler und Zirkelleiter Harald Kutzleb ist als junger Mann die 10 km in 42 min gelaufen. Ein Ziel von uns Freizeitläufern von heute ist, eben diese Zeit zu erreichen. Und der DienstagMaler Horst Krieg ist 1972 diese Distanz in 30:00 min. gelaufen. Gut, er war DDR-Leistungssportler, aber immer noch nicht gut genug, um an der Olympiade in München teilnehmen zu dürfen. Den Traum von München konnte er sich erst im Alter von 62 Jahren verwirklichen, als er 2010 beim Marathon im Olympiastadion nach unter 4 Stunden eingelaufen ist. Im Berufsleben war Horst Krieg Physiklehrer, heute malt er. Ein wichtiges Thema für ihn ist die Umweltpolitik

Ein weiterer Künstler dieser Schau ist Winfried Nitsche – auch ein ehemaliger Rennsteigläufer. Seine realistischen Zeichnungen zeigen Tiere und Landschaften. Und der Strich mit dem Bleistift ist deutlich als solcher zu erkennen, dies macht seine Ausdrucksweise so sympathisch. Doch da sind noch die Linolschnitte, sie liegen gemeinsam mit denen von Horst

Krieg in einer Vitrine – beide sind in der Technik echte Köpfer

Wenn wir den Rundgang im Uhrzeigersinn fortsetzen, dann betrachten wir als nächstes die fotorealistische Kunst von Peter Gliem. Herr Gliem hat früher als Gestalter in Waltershausen gearbeitet, heute malt er unentwegt Bilder in altmeisterlicher Technik – ein Genuss für das Auge! Ähnlich auch die Arbeiten vom ehemaligen Zahntechniker Manfred Kutke. Sein Vorbild ist sein früherer Mallehrer Jorge Villaba, bei Harald Kutzleb hat er gelernt, dass die „Klassische Moderne“ auch viel Inspiration bietet, so versucht sich Kutke, der auch sehr guter Billardspieler ist, in vielen Techniken. Beeindruckend, seine Goethe-Porträtplastik!

Dann wäre auch der ehemalige Forschungsleiter in den Gummierwerken Waltershausen Werner Straube – ähnlich vielseitig: seinen schönen naturgetreuen Winterdarstellungen stehen abstrakte Sommerimpressionen gegenüber.

Und zuletzt, die Überraschung der Ausstellung: Der ehemalige Frauenarzt aus Friedrichroda Dr. Roland Scharff. Der seriöse Mediziner tobt sich im Alter als impulsiver Künstler aus. All seine naiven und abstrakten Bilder werden von Gedichten begleitet und er zieht uns in seinen Bann. Und wir sind froh, den Weg zu der entlegenen GutsMuths-Gedächtnishalle in Schnepfenthal gefunden zu haben.

Kamen Pawlow

## Zur Sache

Die erfolgreiche Ausstellung wird bis 1.5.2016 verlängert. Mi. + So. 11-16

Uhr. Einladung zur Finissage:

Sonntag, 1.5.2016, 15 Uhr.

GutsMuths-Gedächtnishalle Schnepfenthal, Leinaer Weg 3, 99880 Waltershausen, Ortsteil Schnepfenthal  
Tel.: (03622) 40 13 91, Mail: kamen.pawlow@stadt-waltershausen.de  
www.GutsMuths-Schnepfenthal.de

# Beim Frisör getroffen

**Buchlesung „Der Rote“ mit Landolf Scherzer und Bodo Ramelow**

Gotha. (l/r) Großer Bahnhof am 23. Februar für zwei Freunde im Klub Galletti! Für den Schriftsteller Landolf Scherzer (der „Wallraff des Ostens ohne Maske“) war es eine von zig Lesungen thüringenlandauf, landab. Für den Politiker Bodo Ramelow (der bekennende linke Christ) hieß es: heute in Gotha, morgen in Rom, Koffer in der Staatskanzlei. Für mehr als 70 linke und realdenkende Gothaer war es ein besonderes Bonbon in der Gothaer Kulturszene. Heide Wildauer von der Volkssolidarität hatte mit Hilfe „alter Seilschaften“ das Treffen organisiert.

In der letzten Klarsicht-Ausgabe rezensierte Ursula Weidenbecher ausführlich das neueste Werk von Landolf Scherzer. Zur Veranstaltung im Galletti erfuhren die Zuhörer, wie die beiden zusammengekommen sind und wie das Buch entstanden ist. Scherzer meinte eingangs: „Wo kann sich der Ministerpräsident besser auf den Papstbesuch vorbereiten, als hier, wo des Volkes Stimme spricht.“ Ramelow erinnerte sich an eine erste Begegnung mit dem wandernden Dichter während des Kampfes der Kalikumpel in Bischofferode. Als sich Scherzer um einen Termin für seine Recherchen zum Buch bemühte, lernte er das wichtigste Wort eines Politikers ken-



nen: Zeitfenster. Das zweite Treffen fand zur Weihnachtszeit im „Restaurant des Herzens statt“. „Ich habe mich mit angestellt, ich bin nicht aufgefallen“, so Scherzer (mit Dreitage-Bart und Pullover). Der einzige Erfurter Frisör, der eine Ramelow-Tolle (ein amerikanischer Kulthaarschnitt) hinbekommt, war dann die dritte und die Sternensinger die vierte Begegnung. Eines nachts bekam Scherzer einen Anruf: „Hallo Dichter, hier ist Ramelow.“ Und so nahm die politisch-literarische Seilschaft ihren Lauf. Fotos: W. Möller (2), M. Wentzel (1)



**Ich bin der Vortrupp des Ministerpräsidenten.**

**Hallo Dichter, hier ist Ramelow.**



## Für ein zukunftsfähiges Thüringen

### Kontroverse Kreistagsdebatte

Die Antragseinbringung und Beschlussmöglichkeiten im Kreistag durch andere Fraktionen sind meist verwirrender als ich das aus der Arbeit im Stadtrat gewohnt bin. Aber ein Antrag aus der CDU hat mich doch letztens etwas aufgewühlt. Da fordert doch die CDU-Fraktion den Kreistag auf, in keinem Fall dem Leitbild für ein zukunftsfähiges Thüringen der Landesregierung zu folgen. Die SPD stellt einen gegenteiligen Antrag, die Chancen zu nutzen und die Möglichkeit von Veränderungen zu nutzen. Für mich waren beide Anträge nicht gerade schlüssig. In dem CDU-Antrag wird ein Szenario aufgemacht, dass der Kreis Gotha eine Gebietsreform nicht nötig hätte und die wirtschaftlichen Faktoren über den Bedingungen der Bevölkerungszahl

und Gebietsgrenzen stehen müsste. Die SPD gibt mit ihrem Antrag zwar die Chance auf die Umsetzung einer Gebietsreform,

möchte aber, dass der Kreis Gotha in seinen Grenzen bestehen bleibt. Die CDU hat es eben nicht verstanden, dass es im Leitbild um ein zukunftsfähiges Thüringen nicht um Wirtschaftlichkeit der Gemeinden geht, sondern um effiziente, arbeitsfähige Verwaltungen. Die SPD möchte gern die Kreisgrenzen erhalten, das wäre auch mein persönlicher Wunsch. Wenn aber eine Gemeinde der Meinung ist, sie möchte gern einem anderen Kreis zugehören und dem nichts entgegensteht sollte man es zulassen. Die CDU hat ihren Antrag dann doch lieber zurückgezogen und die SPD auch. In beiden Fällen hätte der Kreistag Gotha in der sogenannten Freiwilligenphase den Dialog der Bürgermeister und Bürger in den Gemeinden für eine Mitgestaltung ausgeschlossen.

**Bernd Fundheller, Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Gotha**



# Rechtsstaat und Rechtswirklichkeit

**Lektüre für mündige Bürger:  
Erich Buchholz: Bürger ohne Macht?**

Der langjährige Ordinarius für Strafrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin und spätere Rechtsanwalt Professor Dr. Erich Buchholz hat im vergangenen Jahr ein interessantes Buch auf den Markt gebracht unter dem Titel „Bürger ohne Macht?“, Untertitel: „Teilhabe unerwünscht – wie unser ‚Rechtsstaat‘ sein Volk von der Macht fernhält“.

Das Buch ist erkennbar in der Auseinandersetzung mit der unsäglichen DDR-Unrechtsstaatsdiskussion der jüngeren Zeit entstanden. So wundert es nicht, dass von seinem Autor bereits zu Beginn eine erste Gegenüberstellung des Rechtsstaates Bundesrepublik und des angeblichen Unrechtsstaates DDR vorgenommen wird. Gleichzeitig setzt er sich mit dem Begriff Rechtsstaat auseinander und mit der Idee der Gewaltenteilung. Die drei Gewalten werden von ihm im einzelnen vorgestellt und erläutert. Buchholz stellt auch die weiteren Merkmale eines Rechtsstaates, wie die Einklagbarkeit von Grundrechten, die Existenz von Verwaltungsgerichten und eine bestehende Verfassungsgerichtsbarkeit auf den Prüfstand. In einem ersten Zwischenergebnis konstatiert er, dass bei der Prüfung der „formellen Merkmale eines Rechtsstaates ... unbeschadet gewisser



Unterschiede ... keine wesentlichen Unterschiede zu finden sind“ zwischen dem Wortlaut der Verfassung der DDR und dem Grundgesetz der Bundesrepublik. Sowohl das „Prinzip der Volkssouveränität“ als Grundprinzip der Demokratie wie auch die Unterscheidung dreier Gewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) sind in beiden Regelungen enthalten. Der Umfang der Grundrechte in der DDR-Verfassung ist allerdings größer. Hier sei nur beispielhaft das bedeutsame Recht auf Arbeit genannt. Kritisch merkt Buchholz an, dass die DDR-Verfassung neben Grundrechten auch Grundpflichten der Bürger kannte, die im Grundgesetz nicht

zu finden sind. Als weitere Merkmale des Rechtsstaates gelten unter anderem die Bindung der Richter an das Gesetz (Legalitätsprinzip), die Unabhängigkeit der Gerichte, der Anspruch auf den gesetzlichen Richter und auf rechtliches Gehör. All diese Regelungen sind in beiden deutschen Rechtsordnungen zu finden.

Im weiteren untersucht Erich Buchholz den Justizgewährsanspruch und was er dem Bürger in der Realität bringt, sowie die Praxis der Verfassungsbeschwerden. Dabei steht für ihn immer im Mittelpunkt, was dem Bürger letztlich nützt. Er betrachtet die „Macht des Geldes und der Wirtschaft“, wie auch das im bürgerlichen Staat besonders hoch gehaltene Recht auf Eigentum. Die Schrift macht mehr als deutlich, wie viele grundlegende Regelungen sich oft nur als Fassade erweisen und wo die Grenzen der Möglichkeiten des Rechtsstaates sind. Sein Fazit zur jetzigen Volksherrschaft: „Das Volk wird von der Macht ferngehalten; der Einzelne ist machtlos gegenüber dem Staat.“ Das Werk hilft, Illusionen zu zerstreuen und sich der Rechtswirklichkeit zuzuwenden. Jedem, der überzogene Vorstellungen von den Möglichkeiten des Einzelnen mit Hilfe des Rechts hat, sei das Buch dringend zur Lektüre empfohlen.

**Ralph Dobrawa**

## Das war der Krieg

**Kriegstagebuch und Briefe  
1942-1945 von Konrad Wolf**

Ein außergewöhnliches Dokument hat der Filmregisseur Konrad Wolf (1925-1982) hinterlassen – sein Kriegstagebuch in russischer Sprache, das er vom 18. März 1943 bis zum 18. April 1945 – freilich mit einigen Unterbrechungen – sehr genau führte, auf dem Weg vom Nordkaukasus bis in die Nähe von Berlin. Der siebzehnjährige junge Mann, kaum vorbereitet auf den Kampf, ist auf der Suche nach sich selbst, aber der Krieg beschleunigt das Erwachsenwerden. Er ist Deutscher in der sowjetischen Armee, kämpft gegen seine Landsleute und wird von manchen seiner Mitkämpfer beargwöhnt, eben weil er Deutscher ist. Er will Bestes leisten und findet dafür jedoch weder die materiellen

noch die ideellen Bedingungen. Er sieht sehr genau, was falsch läuft, was ganz anders sein müsste, woran es fehlt und welches Verhalten niemandem zuträglich ist. Seine Zweifel vertraut er zum Teil seinem Tagebuch an, aber nicht alles kann er aufschreiben. Mit vollem Einsatz und Erfindergeist bringt er sich ein und stößt doch immer wieder an Grenzen.

Sein Fazit: „Man fährt durch ein Dorf und sieht nichts als die zerstörten Gebäude, die Reste ehemaliger Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser, und für die vollkommene Schönheit der Natur bleibt ungewollt nur ein sehr kleiner Teil der Aufmerksamkeit. Das ist natürlich sehr schade, waren wir doch während unserer ganzen bisherigen Armeezeit in wunderschönen Gegenden – im Kaukasus, im Dagebiet, in der Ukraine, am Dnepr, in

der Westukraine. Wie viele prächtige Orte haben wir gesehen. Ich brauche nur an die kaukasischen Berge zu denken, oder an die Wälder am Dnepr! – Jetzt ist Krieg und natürlich muss alle Aufmerksamkeit ihm allein gelten. Irgendwann aber, wenn wieder Frieden sein wird, wenn das Leben wieder ruhig blüht, fahre ich zu all diesen Stätten und denke mit einem Lächeln im Herzen an das, was ich in den Jahren 1943 und 44 dort bei der Durchfahrt empfand.“

Das Buch enthält neben dem Tagebuch einen großen Teil seines erhalten gebliebenen Briefwechsels mit Familie und Freunden. Außerdem liegt der DEFA-Film „Ich war neunzehn“, in dem Wolf seinen nur wenige Tage währenden Einsatz als Bürgermeister von Bernau künstlerisch gestaltet, als DVD dem Buch bei.

**Helga Oschütz**

# Glück auf, Kollegen!

## Neujahrsempfang des DGB im Gewerkschaftsladen

Ein Riss geht durch die Gesellschaft – deutlich sichtbar an der zersplitterten Schaufensterscheibe des Gewerkschaftsladens in der Pfortenstraße/Ecke Hauptmarkt. Dort trafen sich am 15. Januar die Gothaer Gewerkschafter mit ihren Gästen zum Neujahrsempfang des Kreisverbandes. Dessen Vorsitzender Olaf Kämpfer begrüßte unter anderem den Chef der DGB-Landesvertretung Thüringen Sandro Witt, Matthias Hey (SPD) und Johanna Scheringer-Wright (Die Linke) – beide MdL –, Bernd Fundheller, Kreisvorsitzender der Partei Die Linke und Enrico Stiller, stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes der Piraten.

Kämpfer erhob sein Glas auf die einjährige Erfolgsgeschichte des Mindestlohns: „Deutlich mehr Menschen haben heute Zugang zu existenzsichernder Arbeit und eigenständige soziale Absicherung.“ Die ersten Eckdaten im neuen Jahr sind der Internationale Frauentag, zu dem am 8. März eine Veranstaltung im Klub Galletti vorbereitet wird – danach der 1. Mai, der diesmal nicht mit dem Gothardusfest zusammenfällt und somit eine gute Beteiligung verspricht.

Witt nahm die zertrümmerte Scheibe zum Ausgangspunkt seiner Sorge um die demokratische Grundfeste in der Bundesrepublik Deutschland: „Die Arbeit der Bündnisse der Demokraten gegen rechts werden durch die Tätigkeit von Verwal-



Sandro Witt, Johanna Scheringer-Wright und Dietmar Kästner in der Diskussionsrunde beim Neujahrsempfang.  
Foto: Wolfgang Möller

tungen und Polizei erschwert.“ Dann ging er auf die fatalen Folgen des Integrationspaketes für Flüchtlinge ein: „Mit der Position der CDU werden Langzeiterwerbslose in die Arme der AfD getrieben.“ Weitere Themen waren der geplante verkaufsoffene Sonntag am 1. Mai („Der 1. Mai ist unser Tag, den wir uns erkämpft haben“) sowie auf das von der rot-rot-grünen Landesregierung erfolgreich durchgesetzte Bildungsfreistellungsgesetz.

Olaf Kämpfer brachte seine Dankesgrüße an die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen des Landkreises Gotha in dieser zerrissenen Gesellschaft mit einem Zitat zum Ausdruck: „Die höchste Form des Glücks ist ein Leben mit einem gewissen Grad an Verrücktheit (Erasmus von Rotterdam, 1469-1536). Glück auf, Kollegen, 2016!“

**Wolfgang Möller**

## Die Trittbrettfahrer kommen

### Kein Wucher auf Kosten von Geflüchteten und öffentlichen Kassen fordert Dr. Scheringer-Wright, Abgeordnete im Thüringer Landtag

Auch in Gotha steht die Frage, wo sich geflüchtete Menschen einmieten können, wenn ihr Asylstatus bewilligt ist. Viele der Bewilligten suchen händeringend nach Wohnraum. „Auch ich als Landtagsabgeordnete werde immer wieder um Hilfe gebeten, auch aus anderen Kreisen, bei der Wohnraumsuche in Gotha zu helfen“, erklärt Dr. Johanna Scheringer-Wright, die ihr Abgeordnetenbüro in Gotha unterhält.

Die gesetzliche Regelung sieht vor, dass akzeptierte Asylbewerber und Asylbewer-

berinnen zum Ersten des Folgemonats die Gemeinschaftsunterkunft verlassen und in eine eigene Wohnung ziehen sollen. Das heißt im ungünstigsten Fall, nur ein paar Tage Zeit für die Wohnungssuche oder Obdachlosigkeit. Aus dieser Notlage scheinen einige Kapital zu schlagen und bieten separate Mietverträge in der Gemeinschaftsunterkunft Kindleberstraße in Gotha an.

„Mir wurde glaubhaft versichert, dass die sächsische Firma Campanet GmbH Geflüchteten mit Asylstatus, die keine Wohnung finden, gesonderte Mietverträge für 6 m<sup>2</sup> in der Gemeinschaftsunterkunft in der Kindleberstraße in Gotha anbietet“, erklärt Dr. Scheringer-Wright. Für etwas über 400

Euro gäbe es 6 m<sup>2</sup> im Mehrbettzimmer sowie die Erlaubnis für die Nutzung von Gemeinschaftsküche und Bad auf dem Gang.

„Solche Mietverträge sind nichts anderes als Wucher, sind sittenwidrig und schaden den Geflüchteten ebenso wie den öffentlichen Kassen“, macht Scheringer-Wright deutlich. Deshalb fordert die Abgeordnete die Behörden im Kreis auf, diesen Anschuldigungen umgehend nachzugehen. „Es ist dringend geboten, solcher etwaigen Praxis der Betreiberfirmen Einhalt zu gebieten und gleichzeitig natürlich auch vernünftigen Wohnraum bereitzustellen“, fordert Scheringer-Wright. **Quelle: DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag**



# Wo Recht zu Unrecht wurde

## Ergreifender Besuch der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

Viele unter uns LINKEN bezweifeln die Aussage, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Denn dieser Begriff ist auf das NS-Regime bezogen, das die „Feinde systematisch ausmerzen“ wollte. Wir halten es wie der ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde für falsch, die DDR trotz vielfachen Unrechts pauschal als Unrechtsstaat zu kennzeichnen. So gesehen, war zwar nicht für alle, aber für viele, die DDR „in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“. Wer dazu eine Position beziehen will, sollte sich mit der individuellen Auffassung der entgegengesetzten stellen.

Deshalb beschlossen einige Genossen der LINKEN in Gotha, Kritiker der Formulierung vom „Unrechtsstaat DDR“, gemeinsam die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Erfurt, Ort des Unrechts, am 22. Januar 2016 aufzusuchen. Beim Rundgang wehrte sich bei manchem die innere Position. Denn natürlich wissen wir, wo in der Welt, auch in der früheren Bundesrepublik, ähnliche Schindungen an ähnlichen Orten abgelaufen sind. Dieser Sachverhalt oder die Unvergleichbarkeit des Stasi-Knastes mit den KZ-Lagern bringt keine Schuldinderung. Bei unserem Besuch ging es darum, zur Kenntnis nehmen, wie in unserem Staat DDR mit Menschen umgegangen wurde. Wir wollten das dort verübte Unrecht in unser Gedächtnis und Gefühl aufnehmen. In der sinnlichen Bedrängnis des Ortes erfuhren und begriffen wir: Ein solcher, von Unmenschlichkeit geprägter und das Recht beugender Sozialismus ist keiner; denn undenkbar ist ein Sozialismus ohne Demokratie.

Der Gedenkstättenleiter Jochen Voit führte uns durch die drei Stockwerke des Erinnerungsortes „Andreasstraße“, die Haft, Diktatur, Revolution zum Thema haben, mit großer Sachkenntnis zum Geschehen in der MfS-Untersuchungshaft, ging keineswegs einseitig und undifferenziert auf alle Fragen und Einwände ein, nahm gern auch Fakten auf, um seine Kenntnis zu erweitern.

Wir sahen, wie leicht in der DDR jedes Recht und Gerechtigkeit verloren gehen konnte. Wenn man der Partei, die behauptete, immer Recht zu haben, widersprach und man sich nicht systemkonform verhalten hat, konnte die DDR zum Unrechts-



staat werden. Jugendliche schrieben das Graffiti „Macht aus dem Staat Gurkensalat“ und bekamen dafür sechs Monate Haft. Oder als Studenten der Pädagogischen Hochschule Erfurt den ML-Unterricht und die Ausbürgerung Wolf Biermanns kritisierten, wir Mitarbeiter und die Studenten der PH bekamen das mit, bröckelte die Seminargruppe durch heftige propagandistische Bearbeitung zu wenigen Tapferen ab; Gabriele Stötzer, damals Kachold, musste ein Jahr ins Frauengefängnis. Den Bedingungen ihrer fünf Monate Untersuchungshaft in der Andreasstraße konnten wir andeutungsweise begegnen: die Reduzierung der Person auf eine Nummer ohne Namen; die Schallverstärker in der Zelle, um die Gespräche mitschreiben und danach mit dem Wissen Druck ausüben zu können; die verpetzenden „Lauschis“; die verzweifelte Bemühung um Kommunikation, zu der man das Wasser aus dem Klo ausschöpf-

te, um durch das dröhnende Rohr sich einem anderen Häftling mitteilen oder nur spüren zu können, da ist auch einer wie ich. Selbst im halbstündigen „Freigang“ kein Wort miteinander; ein Brief in der Woche im Beisein der Stasi geschrieben; das Schlimmste, die bis zu zwei Wochen währende Einzelhaft in einem dunklen „Bunker“, den die Häftlinge auch „Tigerkäfig“ nannten.

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ prangt an der Wand. Diese Lehre müssen die im Lande befindlichen historischen Gedenkstätten und Museen für die nach Wahrheit Suchenden wahrhaftige Historizität bewahren. Deshalb wird in der Andreasstraße vorgeführt, wie in der DDR mit der SED-Diktatur gelebt werden musste, die von der friedlichen Revolution beendet wurde. In der Ausstellung des Stasi-Knastes wird aber auch mit bildlichen Propaganda-Mitteln alternierende Lebenswege in der DDR gezeigt, ob man sich so oder anders entwickeln konnte. Beispielsweise hätte der zur Kunst Begabte die beiden Möglichkeiten gehabt, Kunst an der Hochschule zu studieren und danach den vom Staat verlangten sozialistischen Realismus zu produzieren oder nicht zu studieren und im Untergrund Kunst zu machen. Wie viele subversive Künstler soll ich nennen, die studiert haben und Professoren wurden? Für mich verkürzt eine im Gefängnis ausgebreitete Darstellung der DDR unter dem Aspekt der SED-Herrschaft unzulässig diese Republik als ein Gefängnis.

Wenn Kinder nach dem Besuch der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße mit ihren Zellen und Gängen erschüttert meinten: „In der DDR würde ich nicht leben wollen“ (TA 26.02.16), kann das gut verstanden werden. Denn nach Helmut Preißler gesagt, sieht vom Schauhaus, wie vom Stasi-Knast, das Leben reichlich grau aus. Aber führt die Kinder zu Stätten, die das Leben in der DDR „in rechtlich-ethischer Normalität“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde) ahnen lassen, sagen sie: „Das hätten wir auch gern.“

Peter Arlt (Text und Foto)

# Das Gegenteil von Transparenz

Erfahrungsbericht aus dem TTIP-Leseraum

In puncto TTIP, dem Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, wird Geheimniskrämerei groß geschrieben. Die Verantwortlichen scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Zu gern hätte ich alle Interessierten in die Lage versetzt, sich selber eine Meinung über den bisherigen Vertragstext zu bilden. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der ja laut für das TTIP wirbt, hat nun seit Anfang Februar in seinem Ministerium einen Leseraum eingerichtet. Abgeordnete des Bundestages können jeweils zwei Stunden lang Einblick nehmen in die Dokumente, über die bereits Einigkeit besteht.

Eine Freundin, die politisch interessiert ist, fragte mich am Vortag, ob sie nicht auch mal mit mir in den Leseraum könne. Ich musste verneinen. Nach einem langen und zähen Ringen mit der Bundesregierung dürfen nun wenigstens die Abgeordneten den Text lesen, aber nur sie. Wir dürfen noch nicht mal sicherheitsüberprüfte Fachreferent\_innen mit in den Leseraum nehmen. Vor Bürgerinnen und Bürgern, die ja am Ende die Folgen ausbaden müssen, soll der Text sogar komplett geheim gehalten werden. Transparenz sieht anders aus!

Zugang wird gewährt – parlamentarische Kontrolle als Gnadenrecht (bei Kaffee und Plätzchen) Allein das Prozedere der Anmeldung für den Leseraum ist entlarvend. So bekam ich nach meiner Anmeldung für den Leseraum Belehrungen zugesandt. Aus diesen Merkblättern erfuhr ich zum einen, dass bereits die Nutzungsmodalitäten für den Leseraum zwischen der Europäischen Kommission und den USA ausgehandelt wurden. Das muss man sich vergegenwärtigen: Das Abkommen ist noch nicht unterzeichnet und schon bei der Erarbeitung dürfen die einzelnen Länder nicht selbst entscheiden, wer und wie die Vertragsunterlagen lesen darf.

Bezeichnend für die Einstellung zur Demokratie, die hinter TTIP steht, ist folgender Auszug aus den Besucherregeln: „Sie [also alle Abgeordneten, die wie ich den Leseraum aufsuchen wollen] nehmen zur Kenntnis und akzeptieren, dass Ihnen mit der Gewährung von Zugang zu TTIP-Schriftstücken ein besonderes Vertrauen entgegengebracht wird.“



Blick in die Sonne: „Sie [also alle Abgeordneten, die wie ich den Leseraum aufsuchen wollen] nehmen zur Kenntnis und akzeptieren, dass Ihnen mit der Gewährung von Zugang zu TTIP-Schriftstücken ein besonderes Vertrauen entgegengebracht wird.“ Foto: W. Möller

Bisher dachte ich ja, es wäre das Recht von gewählten Abgeordneten, Informationen zu erhalten. Die TTIP-Unterhändler hingegen (Wer hatte sie noch mal legitimiert?) meinen, sie würden großzügigerweise Zugang GEWÄHREN. Zugang als Ausdruck besonderen Vertrauens. Dachte, wer immer das aufgeschrieben hat, wir Abgeordneten würden uns geschmeichelt fühlen? Ich fühle mich eher an ein absolutistisches Politikverständnis erinnert. Zugang gewähren und Vertrauen entgegenbringen – wer von demokratische Selbstverständlichkeiten überzeugt ist, verwendet eine andere Sprache.

Am Dienstag, dem 2. Februar, war es soweit. Ich war für den Leseraum angemeldet. Ein Wachmann nahm mich in Empfang, führte mich durch die Schleuse und bat mich, Tasche und Jacke wegzuschließen. Er schaute, dass ich kein Handy und keine Kamera mit in den Leseraum nahm, dann klopfte er an eine Tür. Inzwischen stieg auch bei mir die Spannung, was ich wohl entdecken würde, wenn so viel Geheimniskrämerei betrieben wird. Der Raum selber war unspektakulär. Es gab acht Computerarbeitsplätze, ich durfte mich nur an den mir zugewiesenen setzen. Eine freundliche Dame saß mit im Raum. Sie ließ mich die Besucherregeln unter-

schreiben. Ohne Unterschrift kein Zugang, also unterschrieb ich. In einer Ecke standen Thermoskannen mit Kaffee und ein Teller mit Plätzchen. Doch auch mit mehr Koffein und Zucker im Blut war es unmöglich die rund 300 Seiten in zwei Stunden vollständig zu durchdringen.

## Futter für gewiefte Wirtschaftsanwälte

Nun ist schon oft kritisiert wurden, dass die Texte nur in Englisch vorliegen. In der Tat ist nicht jeder Abgeordnete mit Englisch als aktiver Zweitsprache aufgewachsen. Und ich stellte mir für einen Moment vor, was los wäre, wenn den US-Senatorinnen und -Senatoren nur Einblick in den französischen Text gewährt bekämen. Soweit zur gleichen Augenhöhe zwischen den Verhandlungspartnern. Im Raum lagen zwar Wörterbücher, jedoch gab es keinen Internetzugang, und damit keinen Zugang zu einer Übersetzungs-App. Was die Übersetzung von juristischen Fachbegriffen nicht gerade erleichterte.

Aber auch diejenigen Abgeordneten, für die die Lektüre englischer Vertragstexte kein Problem ist, standen vor einem Problem. Bei vielen Formulierungen kann man ohne juristische Kommentarliteratur nur ahnen, welches Potential sie haben.

> S. 11

Um dies einmal ein einem Beispiel zu verdeutlichen, das ich ausdrücklich nicht im Leseraum gesehen habe, sondern in einem Insiderbericht aus Brüssel im Vorfeld las. So versicherte die US-Seite der EU die Möglichkeit „science-based regulations“ zu beschließen, solle keineswegs eingeschränkt werden. Als unvoreingenommener Mensch glaubt man da ja erst mal, dass damit weiter die Möglichkeit besteht, innerhalb der EU, gewisse Formen von Gentechnik einzuschränken. Aber die USA halten große Teile der europäischen Lebensmittelstandards für nicht „science-based“, als nicht für wissenschaftlich basiert. Eine findige Wirtschaftskanzlei könnte unter Berufung auf die genannte Klausel Rechtsstreite gegen Lebensmittelstandards erfolgreich führen. Um die Brisanz der Formulierungen genau einschätzen zu können, müssten wir Abgeordneten also nicht nur den Text in Gänze kennen, sondern auch jede Formulierung von internationalen Wirtschaftsanwälten prüfen lassen. Nur leider dürfen genau jene uns eben nicht begleiten. Bei so mancher Formulierung brauchte es jedoch noch nicht mal viel Phantasie um zu erahnen, wie gewiefte Wirtschaftsanwälte auf diese bezug nehmen könnten – natürlich zum Nutzen von großen Konzernen.

#### Was ich nicht gelesen habe

Da Sigmar Gabriel behauptet, das TTIP würde vor allem den mittelständischen Unternehmen in Deutschland zu Gute kommen, war ich natürlich gespannt auf das Dokument zu den kleinen und middle-

ren Unternehmen. Nun darf ich ja nichts über den Text sagen, den ich am Computer gelesen habe. Aber ich habe nicht unterschrieben, nichts darüber zu sagen, was ich NICHT gelesen habe. Also: Ich habe nichts gelesen, was auch nur ansatzweise diese Behauptung Gabriels unterstützt.

Ganz so überraschend ist das nicht. In einem bereits vor einiger Zeit geleakten Ratsdokument steht schließlich recht unverblümt, was das Hauptziel der EU-Verhandler ist. Zugang zu Großaufträgen der öffentlichen Hand in den USA zu bekommen. Die komplizierten Vergabeverfahren sind hier wie dort in der Regel kein Tummelplatz für Kleinunternehmen.

In den zwei Stunden im Leseraum war es natürlich unmöglich, alle Dokumente zu lesen. Als ich Bilanz zog, stellte ich aber fest, dass ich nichts gelesen habe, was nur einen meiner bisherigen Kritikpunkte an TTIP in Frage stellt. Ich habe nichts gelesen, was meine Sorge, die USA-Seite wolle vor allem den öffentlichen und kommunalen Unternehmen das Leben schwer machen und bessere Bedingungen für international agierende Konzerne im Kampf um öffentliche Ausschreibungen haben, gemildert hat. Ich habe nichts gelesen, was meine Sorge verringert, dass die EU-Unterhändler bereit sind, für die Aussicht auf lukrative Aufträge für europäische Großkonzerne Umwelt- und Sozialstandards zu opfern.

Ich habe nichts gelesen, was mich meine davor geäußerte Kritik zurücknehmen lässt, Verbraucherschutz spiele beim TTIP

nur eine Rolle, wenn es gilt, den freien Wettbewerb als die höchste Form des Verbraucherschutzes zu lobpreisen.

#### Strotzend vor Rechtsschreibfehlern

Ich hoffe, ich verrate kein Staatsgeheimnis, wenn ich meiner Verwunderung Ausdruck verleihe, dass die Dokumente nur so von Rechtsschreibfehlern strotzen. So wurde in den Dokumenten das Wörtchen „and“ (und) häufig als „andd“ geschrieben und der Artikel „the“ erschien als „teh“. Entweder die Unterhändler arbeiten schludrig, oder es handelt sich hierbei um eine der berühmten Sicherheitsmaßnahmen. Falls jemand trotz Kameraverbot Fotokopien vom Bildschirm machen sollte, will man anhand der extra eingefügten Fehler nachvollziehen können, wer die Seiten geleakt hat. Es ist bezeichnend, wie viel Aufwand das Wirtschaftsministerium betreibt, um den bisherigen Text geheim zu halten. Offensichtlich haben sie allen Grund dazu. Denn wer Verhandlungen im Sinne von mehr Umweltschutz und mehr Verbraucher\_innenschutz und besseren Arbeitsnormen im Sinne der Beschäftigten führt, der müsste sich vor Transparenz nicht fürchten. Wer sich hingegen am Ausverkauf der Demokratie beteiligt, scheut offensichtlich das Licht der Öffentlichkeit. Wenn die Unterhändler und Sigmar Gabriel wirklich überzeugt wären vom TTIP, könnten sie es ja für alle zugänglich ins Netz stellen.

Katja Kipping (ND vom 12.2.2016,  
Autorin: Haidy Damm)

## Sanktionen

### Von Zypern nach Europa

Es ist doch eigenartig, dass Sanktionen immer nur Staaten erhalten, welche sich den Amerikanern nicht beugen wollen. Als die Türkei Zypern geteilt hat, war es nur kurz in den Medien und hatte keine Folgen für die Türkei. Die Türkei unter Herrn Erdogan vertreibt die Kurden aus dem Land und Frau Merkel gibt moralische Unterstützung. Nach 1950 haben die Amerikaner eine breite Blutspur von Korea bis Afghanistan gezogen, ohne dass auch nur eine kleine Kritik erfolgte. Warum haben die USA einen Freibrief, Länder zu überfallen, Menschen wie die Hasen vom Hubschrauber aus zu jagen und andere Verbrechen zu begehen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen? Die politischen



Die Türkische Republik Nordzypern ist seit der Besetzung im Jahre 1974 durch die Türkischen Streitkräfte ein De-facto-Regime, das von der internationalen Staatengemeinschaft mit Ausnahme der Türkei nicht als Staat anerkannt wird. Foto: W. Möller

Veränderungen in Form von Chaos, Not, Elend und Flucht vor dem Krieg haben die Amerikaner zu verantworten – von

Europa keine Sanktionen? Frau Merkel schiebt die Verantwortung für Flüchtlinge aus Syrien den Russen zu, dabei sind die Urheber woanders zu suchen. Nach 1945 haben sich die Amerikaner zu den neuen Herrenmenschen gemacht, denen sich alle unterzuordnen haben, die Europäer haben es bereits getan. Die immer wieder angewandte Formel von arabischen Diktatoren im Irak und Syrien klingen wenig glaubhaft, wenn man bedenkt, dass die schlimmsten Diktatoren in Süd- und Mittelamerika mit Hunderttausenden Toten die besten Freunde der Amerikaner waren. Herr Block sollte sich doch mal ein wenig mit Geschichte befassen, bevor er die Richtigkeit der Sanktionen gegenüber Russland befürwortet.

Gunther Becker, Goldbach

# Neuen Stil der Politik etabliert

## Hinter Rot-Rot-Grün (R2G) liegt ein erfolgreiches Jahr

Die Formel von der gleichen Augenhöhe ist keine leere Floskel geblieben, sondern Realität geworden. In der Regierungsarbeit, zwischen den Parteien und Fraktionen werden die Ziele und Vorhaben diskutiert und dann gemeinsam angepackt. Keine Profilierung auf dem Rücken des anderen. Gemeinsam verändern wir das Land, dort wo es notwendig ist und wo Aufgaben in den letzten 25 Jahren liegengeblieben sind. Die Partner sehen aus heutiger Sicht die Möglichkeit, die Koalition auch über das Jahr 2019 hinaus fortzusetzen.

1. Rot-Rot-Grün hat eine Reformpolitik mit Maß und Mitte umgesetzt. Die Zeiten des Durchregierens im Interesse einer Partei sind vorbei. Rot-Rot-Grün hat bei den Reformvorhaben stets auf eine breite Debatte und einen Interessenausgleich Wert gelegt (markante Beispiele: Reform der Finanzierung freier Schulen, Reform des KFA, Bildungsurlaub). Der Reformwillen ist auch im schwierigen Fahrwasser der vergangenen Monate ungebrochen.

2. R2G hat den Stresstest bestanden. Sie regieren das Land seit einem Jahr stabil und unaufgeregt, arbeiten Schritt für Schritt ihre Reformagenda ab und haben die unerwartete Herausforderung des Zuzugs von Tausenden Flüchtlingen nach Thüringen mit Anstand und Realismus bewältigt.

3. Die Landesregierung hat in ihrem ersten Jahr wichtige Reformen umgesetzt (freie Schulen, Bildungsurlaub, Reform des Verfassungsschutzes, Reform des KFA); große Reformprozesse angestoßen (Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform, Schulnetzplanung, Neuordnung der Thea-



Bernd Fundheller auf dem Thüringer Landespartei tag der LINKEN 2014 in Sömmerda. Foto: W. Möller

terfinanzierung, Windnetzplanung); trotz komplizierter Bedingungen und unerwarteter Belastungen eine stabilitätsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik gemacht (drei schuldenfreie Haushalte 2015 bis 2017 stehen); pragmatisch nachgesteuert, wo es notwendig wurde (z.B. Aussetzung Personalabbau bei der Polizei, mehr neue Lehrer/innen); auf wichtigen Politikfeldern Wort gehalten (500plus neue Lehrer/innen, Anhebung der Jugendpauschale, Dokumentationszentrum gegen rechts); klar Partei für Thüringer Interessen ergriffen

auf Bundesebene bzw. gegenüber anderen Ländern (z.B. Debatte um MDR-Reform, Nahverkehrsfinanzierung, Länderfinanzausgleich); wichtige Impulse für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts gesetzt (Hilfe bei Aufklärung ungeklärter Todesfälle, Engagement für Zwangsausgesiedelte und Zwangsadoptierte, Täter-Opfer-Dialog) und nicht zuletzt eine Reihe schwieriger Personalentscheidungen gefällt (Polizeipräsident, Präsident Verfassungsschutz).

4. Rot-Rot-Grün hat die Folgen der Flüchtlingskrise bislang in humanitärer Verantwortung bewältigt. Nicht umsonst gehört Thüringen zu den wenigen Bundesländern, in denen definitiv kein Mensch im Zelt überwintern muss. Thüringen verfolgt eine klare Null-Toleranz-Linie gegen Gewalt und Hetze, egal von wem sie ausgeht. Thüringen setzt eine klare Priorität auf Integration durch Sprache, Bildung, Arbeit und lebensweltliche Einbindung der Neubürgerinnen und Neubürger.

5. Der Respekt für die unterschiedliche Herkunft der drei beteiligten Parteien ist ebenso ungebrochen wie das Bewusstsein für einen großen Vorrat an gemeinsamen Werten und politischen Schnittmengen. Wir freuen uns auf die kommenden - mindestens - vier Jahre!

**Quelle: Andreas Bausewein (SPD), Susanne-Hennig-Wellsov (DIE LINKE), Stephanie Erben (BÜNDNIS 90/Die Grünen) bei einer Pressekonferenz**

## Kreuzritter und Blockflöten

### Eine Kommission soll die Rolle der Ost-CDU in Thüringen neu bewerten

Die zehnköpfige Kommission, aus Persönlichkeiten der DDR-Opposition, dem Münchner Institut für Zeitgeschichte, sowie dem Dresdner Hannah-Arendt-Institut soll bis 2018 der Öffentlichkeit entsprechende Ergebnisse vorlegen. (Motto: „Die Wahrheit wird euch frei machen“, Joh. 8,32.) Wichtig finde ich, dass diese Kommission nicht nur die Geschichte der CDU in der DDR bewerten kann, sondern auch gleichzeitig die Geschichte der BRD einbeziehen muss. Das Eine ist ohne das Andere nicht möglich.

Die Teilung unseres Landes war eine Folge des Nazi-Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieges. Stalin bot 1952 den Westmächten in einer Note Verhandlungen über die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands

an. Der Bundeskanzler Adenauer (CDU) lehnte Stalins Angebot kategorisch ab. Seine Aussagen sind allgemein bekannt: „Lieber 41 Millionen Deutsche in Freiheit als 63 Millionen in Unfreiheit“ oder „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“, war seine Antwort und so hielt die Teilung des Landes fast weitere 40 Jahre an.

Da hat die Kommission keine leichte Aufgabe zu bewältigen. Die CDU etablierte ähnliche Parteistrukturen wie die SED. Das Vermögen der Partei wie auch der politische Kurs wurde von einigen wenigen Generalsekretären kontrolliert und die Mitglieder wurden in die gesellschaftlich-politischen Strukturen der DDR integriert. Die Partei war in Ortsgruppen, Kreisverbände und Bezirksverbände gegliedert.

Die CDU in der DDR rechtfertigte auch den Mauerbau 1961. Sie betrieb auch politische Propaganda gegen die West-CDU, zum Beispiel mit dem Blaubuch vom Sekretariat des Hauptvor-

standes der Christlich-Demokratischen Union Deutschland Berlin 1968: „CDU/CSU Kreuzritter des Kapitals“. Noch heute kann man dieses Buch offiziell erwerben.

Auf ihrem Sonderpartei tag am 15./16. Dezember 1989 bekannte sich die DDR-CDU, entgegen ihren bisherigen langjährigen Bekenntnissen als „Partei des Sozialismus“ und Blockpartei zur Marktwirtschaft und zur „Einheit der Nation“, in Übereinstimmung mit der West-CDU. Mich würde deshalb interessieren, was ist aus den hauptamtlichen Funktionären der Partei geworden und den über 15 000 Abgeordneten und Nachfolgekandidaten in den verschiedensten gewählten Vertretungen der DDR. Waren das plötzlich alles Opfer? Wie haben sie es geschafft, über Nacht neue Demokraten zu werden, was man den Mitgliedern der SED/PDS/LINKEN bis heute abspricht?

**Stanislav Sedlacik, Weimar**

# Welche Regierung wollen wir?

## Keine Alternative für Deutschland

Die AfD hat in Sachsen-Anhalt aus dem Stand 24,2 % erreicht, bei einer Wahlbeteiligung von 61,8 %. ProtestwählerInnen gaben ihre Stimme: gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes, gegen die Flüchtlinge, für Deutschland den Deutschen und Merkel muss weg!

Wer sind diese Wähler? Seit der politischen Wende wird der Sozialstaat ohne großen Widerstand der Betroffenen rigoros abgebaut. Einigen geht es viel besser, aber insgesamt geht der Lebensstandard im Westen und im Osten zurück. Wer ist schuld? Reduzieren die Hartz IV-Bezieher und die Flüchtlinge den schwer erarbeiteten Wohlstand? Oder ist es der Staat mit seinen Repräsentanten, die Politik für Profiteure machen und nicht für das Volk?

Die AfD spricht nur über die Auswirkungen der Politik, aber nicht über ihre Ursachen. Welche Lösungen hat die AfD

z.B. für folgende Probleme: Rund 400 Milliarden Euro deutsches Schwarzgeld liegen weltweit in Steueroasen, so die Schätzungen. Steuerhinterziehung ist in Deutschland ein massives Problem. Dem Fiskus gehen dadurch Jahr für Jahr geschätzt 100 Milliarden Euro verloren. Das ist zehnmal so viel wie Deutschland in diesem Jahr für Flüchtlinge ausgeben wird, die um ihr Leben fürchten. Wann fordert die AfD eine Steuerreform in Deutschland, die längst überfällig ist? Die Bundeswehr ist entsprechend den Beschlüssen des Bundestages seit der Einheit Deutschlands dauerhaft bei Auslandseinsätzen mit Bündnispartnern im Kosovo, Afghanistan, Syrien usw. Weltweit sind nach Angaben der UN zirka 60 Millionen Flüchtlinge und die Hälfte davon Kinder auf der Flucht vor Kriegen, wo Deutschland fleißig mit beteiligt ist und mit verdient. Warum wird das immer ausgeblendet und tun die Protestler so überrascht?

Was tut die AfD gegen die Privatisierung der Profite und die Sozialisierung der Verluste? Laut Armutsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist arm, wer weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen deutschen Nettoeinkommens zur Verfügung hat. Betroffen sind besonders Alleinerziehende, Erwerbslose und RentnerInnen. Armut ist eine große Gefahr für unseren sozialen Frieden.

Die AfD kann ihren Populismus nicht ewig durchhalten. Der Entwurf des Parteiprogramms der AfD zeigt, was die Partei in der Wirtschaftspolitik plant: Wichtige Säulen der Sozialversicherung privatisieren, die Staatsfinanzierung entsolidarisieren und die Steuern für Reiche weiter senken. Das würde ausgerechnet den Menschen schaden, die die AfD aus Protest besonders häufig wählen. Wählen heißt nicht, frustriert es denen da oben mal zu zeigen, wählen heißt mitentscheiden, welche Partei regieren soll. **Stanislav Sedlacik**

## Auslandseinsätze stoppen!

### Der Teufelskreis in der Flüchtlingskrise

Die Ursachen der Flüchtlingskrise sind in dem Überfall des Irak und Afghanistans durch die Amerikaner und Europäer zu suchen. Die Amerikaner haben durch ihr arrogantes Vorgehen im Irak den IS erst möglich gemacht; durch die Verübung von Verbrechen an den Menschen erfolgte eine Stärkung des IS, verbunden mit steigendem Hass auf den Westen. Mit der Bombardierung des Krankenhauses in Kundus durch die Amerikaner wird die menschenverachtende Politik dieses Systems allen Menschen vor Augen geführt. Mitschuldig ist die Bundeswehr, welche in Kundus stationiert ist. Eine verkündete Aufarbeitung dieses Vorfalles findet nicht statt, das Schlimme daran ist, dass ein Friedens-Nobelpreisträger die Verantwortung für dieses



Kriegsverbrechen trägt, da er der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte ist. Durch die Situation in Afghanistan, verantwortlich auch Deutschland, wird sich ein neuer Flüchtlingsstrom nach Europa auf den Weg machen. Nato- Kriegsschiffe in der Ägäis zum Stoppen des Flüchtlingsstromes werden den Hass der Menschen in

der arabischen Welt auf den Westen noch verstärken, das heißt, auch die Terrorgefahr wird größer. In Syrien hat der Westen eine Opposition aufgebaut, ähnlich dem Fall Artischocke im Iran 1953, um eine Rebellion zu entfachen. Die Frage nach dem Warum ist einfach: der Herr Assad wollte sich nicht dem Diktat der Amerikaner beugen. Aus der angestrebten Rebellion wurde ein blutiger Bürgerkrieg, welcher durch den Westen geschürt wird, die Folge sind Tausende Flüchtlinge, die nach Europa drängen, in die Länder, die für diese Situation mit verantwortlich sind. Es gibt nur eine Lösung: Abzug aller ausländischen Truppe aus dieser Region, verhandeln mit allen beteiligten Staaten auf gleichberechtigter Basis und ohne Vorbedingungen.

**Gunther Becker,  
Goldbach**



### Gysi kommt nach Tabarz!

**Dr. Gregor Gysi kommt am 6. April in die Kukuna nach Tabarz zu einer Talkrunde. Die Veranstaltung um 17.30 Uhr ist bereits ausverkauft. Deshalb gibt es eine Zusatzveranstaltung um 15.30 Uhr. Eintritt: 9 Euro. Veranstaltungsort: KUKUNA – Zentrum für Kunst, Kultur und Natur Tabarz, Lauchgrundstraße 12a**



# Zivilcourage zeigen!

## Beim Kommunalabgabengesetz von Bayern lernen

Allen Respekt vor solchen Bürgermeistern. In einer Nachricht der Vereinigten Bürgerinitiativen für gerechte Kommunalabgaben im Freistaat Bayern wurde mitgeteilt, dass 500 Bürgermeister aus Bayern gegen ihr Kommunalabgabengesetz protestieren und dessen Abschaffung fordern. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 13. Januar 2016 über den gemeinsamen Kampf dieser 500 Bürgermeister gegen die Ungerechtigkeiten der Straßenausbauschätzungen nach dem bayerischen Kommunalabgabengesetz. Ein Bürgermeister wird wie folgt zitiert: „Manche Familien kann so eine Zwangsumlegung in den Ruin treiben“.

Tatsächlich gibt es solche Fälle wie in Bayern auch in Thüringen. Die immer wieder seitens der Politiker erwähnten Erleichterungen durch Ratenzahlungen oder Stundung sind nicht hilfreich. Schließlich ist einer alten Oma nicht geholfen, wenn man ihr eine Ratenzahlung von 20 Jahren vorschlägt. Es ist ein Sterben auf Raten.

Der Bayerische Landtag berät nun über eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Das zeigt, dass hier die Ungerechtigkeit des Gesetzes und dessen oft Existenz vernichtende Auswirkungen erkannt wurden. Das Allgemeingut Straße muss aus Steuermitteln finanziert werden, die Straße wird von der Allgemeinheit genutzt und dem Hauseigentümer kann deren Nutzung kein besonderer Vorteil nachgewiesen werden. Wie sieht es nun in Thüringen aus? Obwohl man in München, Berlin usw. schon die Straßenausbaubeiträge abgeschafft hat, hält die Thüringer



Straßenbauarbeiten in Schnepfenthal. Foto: H. Prasse

Landesregierung weiter an deren Erhebung fest. Wahlversprechen werden nicht eingehalten.

Am 22. Januar 2016 hatte das SPDgeführte Innenministerium zu einem Diskussionsforum nach Weimar eingeladen. An diesem Forum nahmen Vertreter der Bürgerallianz Thüringen, Vertreter der drei Regierungsfractionen Rot /Rot /Grün und weiterer Fachverbände teil. Den Forderungen der Bürgerallianz, das Kommunalabgabengesetz so zu ändern, dass die Beiträge für Straßenausbau und auch Abwasser zu verbieten sind, wurde nicht entsprochen. Vertreter der Fraktion „Die Linke“ und des Verbandes Deutscher Grundstücknutzer (VDGN) sind ebenfalls der gleichen Meinung.

Dass nach wie vor an einer rückwirkenden Beitragserhebung bis 1991 festgehalten wird, ist gelinde gesagt, eine Schweine-

rei. Beamte, die schon unter Vogel, Althaus und Lieberknecht gedient haben, verstecken sich hinter Gutachten und Bedenken, die längst ihre Bedeutung verloren haben. Das Festhalten an der bisherigen Beitragspolitik in Thüringen hat gravierende negative Auswirkungen auf zigtausend Bürger, Unternehmen und Wohnungsgesellschaften. Die Bürgerallianz Thüringen ist von der Blockadehaltung des Gemeinde- und Städtebundes und besonders der SPD, hilfreich bei der Klärung der Beitragserhebung mitzuwirken, schwer enttäuscht.

Werte Bürgermeister Thüringens, eifert den Bürgermeistern Bayerns nach, fordert ebenfalls die Abschaffung von Herstellungsbeiträgen für Straßenausbau und Abwasser, erfüllt euren Amtseid, zeigt Zivilcourage, seid mutig und würdig, sich Bürgermeister zu nennen.

**Horst Reising, Waltershausen**

## Flüchtende

Die Ursachen der Flüchtlingskrise sind in dem Überfall des Irak und Afghanistans durch die Amerikaner und Europäer zu suchen. Die Amerikaner haben durch ihr arrogantes Vorgehen im Irak den IS erst möglich gemacht; durch die Verübung von Verbrechen an den Menschen erfolgte eine Stärkung des IS, verbunden mit steigendem Hass auf den Westen. Mit der Bombardierung des Krankenhauses in Kundus durch die Amerikaner wird die menschenverachtende Politik dieses Systems allen Menschen vor Augen geführt. Mitschuldig ist die Bundeswehr,

welche in Kundus stationiert ist. Eine verkündete Aufarbeitung dieses Vorfalles findet nicht statt, das Schlimme daran ist, dass ein Friedens-Nobelpreisträger die Verantwortung für dieses Kriegsverbrechen trägt, da er der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte ist. Durch die Situation in Afghanistan, verantwortlich auch Deutschland, wird sich ein neuer Flüchtlingsstrom nach Europa auf den Weg machen. Nato-Kriegsschiffe in der Ägäis zum Stoppen des Flüchtlingsstromes werden den Hass der Menschen in der arabischen Welt auf den Westen noch verstärken, das heißt, auch die Terrorgefahr wird größer. In Syrien hat der Westen eine Opposition aufgebaut, ähnlich dem Fall Artischocke im Iran

1953, um eine Rebellion zu entfachen. Die Frage nach dem Warum ist einfach: der Herr Assad wollte sich nicht dem Diktat der Amerikaner beugen. Aus der angestrebten Rebellion wurde ein blutiger Bürgerkrieg, welcher durch den Westen geschürt wird, die Folge sind Tausende Flüchtlinge, die nach Europa drängen, in die Länder, die für diese Situation mit verantwortlich sind. Es gibt nur eine Lösung: Abzug aller ausländischen Truppe aus dieser Region, verhandeln mit allen beteiligten Staaten auf gleichberechtigter Basis und ohne Vorbedingungen.

**Gunther Becker, Goldbach**

# Für eine friedliche Welt

## Ostern und andere Kampftage

Ostern ist im Christentum die jährliche Gedächtnisfeier der Auferstehung Jesu Christi, der nach dem Neuen Testament als Sohn Gottes den Tod überwunden hat. Die Osterfeiertage beginnen mit dem Karfreitag. Mit dem Ostersonntag beginnt die österliche Freudenzeit („Osterzeit“), die 50 Tage bis einschließlich Pfingsten dauert. Mit Ostern verbinden sich vielfältigste Traditionen vom Suchen der Ostereier bei uns bis hin zum Bespritzen junger Mädchen mit Osterwasser in Ungarn. Nach dem Zweiten Weltkrieg sehnten sich viele Menschen danach, dass es nie wieder einen Krieg geben möge. Aber zwischen den ehemaligen Verbündeten USA und der Sowjetunion mündeten die Konflikte schon bald wieder in kriegerischen Auseinandersetzungen. Der Ostermarsch ist eine von pazifistischen oder antimilitaristischen Motiven getragene, in Form von Demonstrationen und Kundgebungen regelmäßig jährlich durchgeführte politische Ausdrucksform der Friedensbewegung.

## Mord an einen Kriegsgegner

Vor 30 Jahren am Abend des 28. Februar 1986 wurde Olof Palme (damals 59 Jahre alt) in der Innenstadt von Stockholm ermordet. Wie kein anderer prägte Palme das Bild Schwedens im Ausland durch seine engagierte Außenpolitik: durch seine harte Kritik am Vietnamkrieg, als UNO-Vermittler im Iran-Irak-Krieg und durch seine internationalen Abrüstungsinitiativen, wie zum Beispiel im Rahmen der Palme-Kommission. Der Sozialdemokrat entstammte einer großbürgerlichen und konservativen Familie und wurde im Oktober 1969 Parteivorsitzender und Ministerpräsident Schwedens. Er wirkte an der Umsetzung der Idee von der „starken Gesellschaft“ – von manchen auch als demokratischer Sozialismus bezeichnet, mit. Palmes Name verband sich in den 1980er Jahren auch mit der Außenpolitik der DDR, die seinen Vorschlag eines atomwaffenfreien Korridors in Europa befürwortete. Palmes Vision von einem kernwaffenfreien Europa wurde in der DDR von kirchlichen Friedenskreisen aufgegriffen, die im September 1987 republikweit zum „Olof-Palme-Friedensmarsch“ aufriefen. In Thüringen initiierte die dortige Arbeitsgruppe der Christlichen Friedenskonfe-

renz (CFK) am 19. September 1987 einen Friedensmarsch mit ca. 400 Teilnehmern, der von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald bis zum Evangelischen Gemeindezentrum Thomas Müntzer in Kapellendorf führte.

## Die Armee des Volkes

Einen weiteren runden Jahrestag stellt die Gründung der Nationalen Volksarmee am 1. März 1956 dar. Zum Glück war es einige der wenigen Armeen, die ihre Schlagkraft nie unter Beweis stellen musste, obwohl sie viele Mittel verschlang, die anderswo am friedlichen Aufbau der DDR fehlten. In der DDR gab es neben der

tisch, nämlich einen Mann, der aus einem Schwert eine Pflugschar schmiedet. Diese Plastik hatte die Sowjetunion 1959 den Vereinten Nationen geschenkt. Sie nahm ein biblisches Motiv des Propheten Micha auf, wo es heißt: „In den letzten Tagen werden die Völker zum Zion kommen und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden.“

## Vom Kriegspielplatz zum Wildpark

Der Truppenübungsplatz Ohrdruf besteht seit 1906 und wird seitdem fast ununterbrochen genutzt. Am 5. April 1945 wurde Ohrdruf von der 4. US-Panzerdivision erobert. Nach dem endgültigen Abzug der Truppen des Warschauer Paktes wurde der Platz am 22. Dezember 1993 von der Bundeswehr übernommen. Im Herbst 2011 wurde bekannt, dass der Truppenübungsplatz Ohrdruf aufgegeben werden soll. Am 26. Oktober 2011 wurde die zeitnahe Auflösung des Truppenübungsplatzes infolge des Stationierungskonzeptes 2011 beschlossen. Seit Anfang Dezember 2013 ist der Platz kein Truppenübungsplatz mehr, sondern ein Standortübungsplatz für die Friedenstein-Kaserne



Der Ostermarsch am 26. März in Ohrdruf. Foto: W. Möller

NVA noch weitere Organisationen, wie die Grenztruppen, das Wachregiment, die Kampfgruppen, die Bereitschaftspolizei oder die GST. Allerdings waren auch in der DDR antimilitaristische Grundhaltungen weit verbreitet. Die Einführung einer sozialistischen Wehrerziehung in die Lehrpläne um 1968 sowie eine zusätzliche Einführung eines regulären Fachs Wehrunterricht durch die DDR-Bildungsministerin Margot Honecker 1978 sollten dieser Haltung entgegen steuern. Die Evangelische Kirche der DDR protestierte gegen die damit verbundene „Erziehung zum Hass“. Das stieß auf den Protest vieler Eltern. Die Evangelische Kirche forderte dagegen eine Erziehung zum Frieden – vergeblich. Darauf beschloss sie, in jedem Jahr an den letzten zehn Tagen des Kirchenjahres eine Friedensdekade abzuhalten mit täglichen Friedensandachten. 1980 fand die erste Friedensdekade statt. Der Dresdner Jugendpfarrer Harald Brettschneider hatte für diese Andachten eine Materialmappe für die Gemeinden erstellt, dazu ein Lesezeichen, gedruckt auf Vlies. Es zeigte eine sowjetische Plastik von Jewgeni Wutsche-

in Gotha. Gegen eine zivile Nutzung hatten sich einige Politiker durchgesetzt, die keine Phantasie für Veränderungen hatten. Angeblich wollten sie mit dem Erhalt der militärischen Nutzung Arbeitsplätze sichern. Wie viele Arbeitsplätze eine zivile Nutzung des Hochplateaus bringen würde, wenn die Thürengeti auf dieses Gebiet erweitert würde oder ein Windpark und Solaranlagen auf dem nebelarmen Territorium aufgestellt würden, hat damals anscheinend niemanden interessiert. Es könnte auch einmal überprüft werden, ob sich der Bau eines kleineren Pumpspeicherwerkes lohnen würde. Bei einer zivilen Nutzung könnten auch die Anrainergemeinden mit Gewerbesteuern rechnen – bei einer weiteren militärischen Nutzung werden sie – wie bisher – leer ausgehen. Mit einer weidewirtschaftlichen Nutzung (Thürengeti) könnte einer Verbuschung der Landschaft entgegengewirkt werden. Wirtschaftswege könnten als Radwege genutzt werden. Bestimmte Aussichtspunkte auf dem Gelände bieten herrliche Motive der Thüringer Landschaft.

Klaus Perlt



## Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag im März und April

02.03.	Uwe Cölln	Gotha	63.
02.03.	Sonja Damm	Gotha	64.
03.03.	Werner Kühmel	Finsterbergen	89.
06.03.	Gerda Barth	Friedrichroda	65.
06.03.	Irma Pflügner	Luisenthal	86.
16.03.	Christa Schuchardt	Gotha	72.
17.03.	Heide Wildauer	Gotha	76.
19.03.	Elfriede Cramer	Gotha	89.
20.03.	Peter Klippstein	Waltershausen	74.
22.03.	Lieselotte Weidel	Gotha	80.
22.03.	Monika Schmidt	Mühlberg	69.
28.03.	Gerda Freundel	Gotha	77.
04.04.	Erich Walter	Emleben	81.
05.04.	Monika Zollver	Gotha	68.
07.04.	Ute Liebetrau	Gotha	73.
07.04.	Silke Möncher	Molschleben	50.
08.04.	Ilona Usbeck	Tambach-Dietharz	68.
09.04.	Bärbel Möller	Apfelstädt	63.
13.04.	Erich Schönau	Gotha	63.
14.04.	Waltraud Kämpfert	Ohrdruf	87.
15.04.	Klaus Heering	Waltershausen	72.
17.04.	Hedwig Lehmerg	Erfurt	87.
19.04.	Hans Esche	Gotha	87.
21.04.	Dieter Hoyer	Gotha	79.
23.04.	Rolf Greßler	Waltershausen	65.
26.04.	Monika Döllstedt	Tambach-Dietharz	63.
26.04.	Ingrid Rudolph	Günthersleben	63.
29.04.	Bruno Just	Döllstädt	67.

## Termine April/Mai 2016

02.04.	13:00	Anti-Nazi-Kundgebung, Coburger Platz, Hauptmarkt, Neumarkt, GTH
05.04.	10:00	Alles Stalin oder was?, Schillertr. 44, Erfurt
13.04.	17:00	MV kubixx e.V., Blumenbachstr. 5, GTH
16.04.	10:00	Klausur Kreistagsfraktion, Am Aquarium, GTH
18.04.	18:00	Sitzung Stadtratsfraktion, Geschäftsstelle
22.04.	15:00	GMV KV Gotha, Klub Galletti, GTH
23.04.	10:00	Demo gegen TTIP & CTA, Hannover
25.04.	18:00	Sitzung Stadtratsfraktion, Geschäftsstelle
27.04.	17:00	Stadtrat Gotha, Rathaus GTH
28.04.	17:00	Beratung mit den BO, Geschäftsstelle
01.05.	13:00	Maiveranstaltung DGB, Buttermarkt GTH
03.05.	17:00	„Wie weiter mit der Gebietsreform“, The Londoner, GTH
23.05.	16:30	Sitzung Stadtratsfraktion, Geschäftsstelle
23.05.	18:30	Sitzung Kreistagsfraktion, Geschäftsstelle
25.05.	18:00	Kreistag Louis-Spohr-Saal, GTH
26.05.	17:00	Beratung mit den BO, Geschäftsstelle
28./29.5.2016		Bundesparteitag ,Magdeburg
30.05.	18:00	Sitzung Stadtratsfraktion, Geschäftsstelle
01.06.	17:00	Stadtrat Gotha, Rathaus, GTH

## Gesamtmitgliederversammlung

Der Kreisvorstand Gotha hat in seiner Sitzung am 16. März eine Gesamtmitgliederversammlung einberufen. Viele Themen brennen uns und den Mitgliedern unter den Nägeln. Landtagswahlen in drei Bundesländern, „Leitbild für ein zukunftsfähiges Thüringen“, die Flüchtlingssituation, Entwicklung in der Partei und kommunale Ereignisse sind nur einige Schwerpunkte, die uns in den letzten Monaten beschäftigt haben. Wir laden euch recht herzlich ein, am **22.4.2016 um 15 Uhr in den Klub Galletti in Gotha** und würden uns freuen, euch zu dieser Veranstaltung begrüßen zu können.

## Niedermeiereienjubiläum

„Wer hätte das gedacht so bald, Heinz wird schon 85 Jahre alt.“ So, oder ähnlich hätte es aus Heinz Niedermeiers Mund wohl geklungen, wenn er einen Geburtstagsglückwunsch in einen Vierzeiler verfasst hätte. Ich werde das nicht erreichen können und wollen, denn das ist ja die Marke von Heinz. Seit Beginn der Klarsicht haben uns Niedermeiers Verse, Reime und Parabeln erfreut, zum schmunzeln und zum lachen gebracht. Manch einer hat sich an politischen Wortspielereien gestoßen, hat nicht deren Satire oder die Ironie verstanden. Aber der Sinn, die Gesellschaft, die Politiker auf den Arm zu nehmen und manche Entscheidungen in den Gremien von einer anderen Sicht zu betrachten, hat auch uns immer wieder zum Nachdenken angeregt. Wir wünschen dem Jubilar alles Gute zum Geburtstag, noch viele schöne Jahre im Kreise seiner Familie, viel Gesundheit und noch viele Verse für unsere linke Kleinzeitung.

**Bernd Fundheller,  
für die Klarsicht-Redaktion**

Wir trauern um unsere Genossen

**Jürgen Siegel**

aus Gotha, geb. am 7.3.1938, verst. am 10.2.2016

**Rolf Pflügner**

aus Luisenthal, geb. am 5.7.1951, verst. am 17.3.2016

**Marianne Kutz**

aus Gotha, geb. am 19.9.1928, verst. am 18.3.2016

**DIE LINKE. Kreisvorstand Gotha  
und die Klarsichtredaktion**

**klarsicht**

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstr. 5; E-Mail: rgeschaefstsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64; Mobil: 0160/96639748; www.die-linke-gotha.de; Redaktion: E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de; Redaktionsleiter: Klaus Perlt (V.i.S.d.P.), Tel.: (03621) 85 61 62, E-Mail: kreisvorsitzender@die-linke-gotha.de; Redaktionsmitglieder: Christine Brand, Bernd Fundheller, Christiane Kranz, Eric Labahn, Wolfgang Möller, Martina Mürb, Helga Oschütz, Sebastian Schreiner, Doris Wiegand; Erscheinungsweise: in der Regel monatlich; Redaktionsschluss: 15. des Vormonats; Zuschriften: bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder; Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich; Konto: Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, IBAN: DE49820641680002076616, BIC: GENODEF1GTH